

Florian Gerster, SPD, ehemals Sozialminister in Rheinland-Pfalz, ehemaliger Chef der Bundesagentur für Arbeit sorgt sich als neuer Präsident des Arbeitgeberverbandes „Neue Brief- und Zustelldienste“ um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche und spricht sich gegen vereinbarte Mindestlöhne aus. Die Menschen, die unter Dumpingbedingungen arbeiten und (über)leben müssen, scheinen Gerster nicht so wichtig wie der „Markt“, jenes höhere Wesen, das so sehr verehrt wird.

## Lechts und rinks

Wesentlich „näher am Menschen“ ist da der designierte Ministerpräsident Günther Beckstein, CSU, der sich gemeinsam mit verdi Bayern für die Einführung eines Mindestlohnes ausgesprochen hat. „Wer hart arbeitet und sich den Buckel krumm macht, muss auch davon leben können“, argumentiert Beckstein und sichert verdi Unterstützung beim Gesetzgebungsverfahren zu. Um es mit Ernst Jandl zu sagen: **manche meinen rechts und links kann man nicht verwechseln werch ein illtum**

## Lohn zum Leben

Privat ist besser, weil billiger – das ist das Glaubensbekenntnis der Privatisierungsfetischisten. Aktuell wird es in der Postbranche deutlich. Die neuen Postdienste haben es nie darauf angelegt, der Post einen Wettkampf um Qualität zu liefern; nein, ausschließlich der Preis soll zählen. Die Lohnkosten zu drücken sind das erste und oft einzige Vehikel dazu. Bei den neuen Postdiensten arbeiten 18% der Beschäftigten in Vollzeit, 60 % sind Minijobber (zum Vergleich: bei der Deutschen Post arbeiten 2/3 in Vollzeit und 4% als Minijobber). Und das Gehalt für die Beschäftigten reicht nicht zum Leben; Niedriglöhne sind an der Tagesordnung. Doch dagegen lässt sich etwas tun. Ein erster Schritt einer Haltelinie nach unten wäre die Ausdehnung des Entsendegesetzes auf die Postdienstleister. CDU und CSU jedoch blockieren dieses Vorhaben.

### Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz

In sechs Branchen gibt es tarifliche Mindestlöhne, die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Sie gelten für alle Betriebe und Beschäftigte einer Branche, auch wenn sie nicht tarifgebunden sind. Für ca. 1,4 Millionen Beschäftigte gilt ein solcher tariflicher Mindestlohn.

Im **Bauhauptgewerbe** gelten die Mindestlöhne bereits seit 1996. Ungelernte erhalten 10,40 Euro Stundenlohn (jeweils West), Fachwerker 12,50 Euro.

Bei den **Malern und Lackierern** ist der Mindestlohn 7,85 für Ungelernte und 10,73 für Gesellen.

Im **Abbruch –und Abwrackgewerbe** gelten ebenfalls Mindestlöhne: 9,49 Euro für Hilfskräfte und 11,60 Euro für Fachkräfte.

Die **Dachdecker-Helfer** erhalten einen Stundenlohn von 10,00 Euro, der Anfang 2008 auf 10,20 Euro steigt.

Im **Gebäudereinigerhandwerk** beläuft sich der Mindest-Stundenlohn auf 7,87 Euro und steigt auf 8,15 Euro Anfang 2008.

Die Tarifparteien haben sich im **Elektrohandwerk** auf ein Mindestgehalt von 9,20 Euro verständigt. Die Mindestlöhne, so ist vereinbart, sollen in den nächsten drei Jahren schrittweise auf 9,60 Euro steigen.

### Blockade

Zwar gibt es zwischenzeitlich einen Tarifvertrag, der ab Dezember 2007 für Briefzusteller (West) einen Mindestlohn von 9,80 Euro vorsieht. Aber die Anwendung des Entsendegesetzes und damit die Anwendung des Mindestlohnes in der Branche für alle werden blockiert.

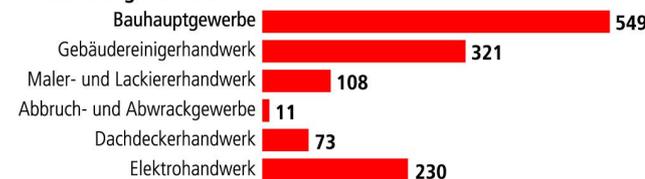
Ins gleiche Horn stößt nun der frühere Chef der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster als neuer Präsident des Arbeitgeberverbandes „Neue Brief- und Zustelldienste“, in dem er meint: „Ein Mindestlohn, der marktfremd ist, behindert die beabsichtigte Öffnung des Postmarktes.“ Dass die Anwendung von Dumpinglöhnen die Menschen in ihrer Lebensführung blockiert ist für ihn, früher immerhin Sozialminister in Rheinland-Pfalz, kein Thema.

Auch eine Karriere!

### Nur Schritt für Schritt

Branchen, in denen durch die Aufnahme in das Arbeitnehmerentsendegesetz ein tariflicher Mindestlohn gilt oder eingeführt werden soll (Beschäftigte in 1000)

#### Mindestlohn gilt bereits



#### Aufnahme in das Entsendegesetz von der Bundesregierung beschlossen

Postdienste 270

#### Aufnahme in das Entsendegesetz von den Tarifpartien angestrebt

Zeitarbeit<sup>1)</sup> 680

Weiterbildungsbranche<sup>2)</sup> 150

1) von den beiden Arbeitgeberverbänden Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) und Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und vom DGB gefordert

2) Branchentarifvertrag von Bildungsverband BBB, ver.di und GEW im Februar 2006 abgeschlossen;

50-Prozent-Schwelle bei den Beschäftigten noch nicht erreicht  
Quelle: WSI-Tarifarchiv; Gewerkschaften